

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - VW/005(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag,  07.01.2005	Neues Rathaus Konferenzraum I	15:00Uhr	16:00Uhr

**Tagesordnung:**

**DS0831/04 - Regulierung des strukturellen Defizites des Theaters  
Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff**

WV Stadtrat 06. 12. 2004

**Niederschrift**

DS0831/04 - Regulierung des strukturellen Defizites des  
Theaters Magdeburg in den Haushaltsjahren 2005 ff

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

Stadtrat Löhr, SPD-Fraktion, erklärt gemäß § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot.

Der Oberbürgermeister geht einleitend auf die seit der Sitzung des Stadtrates am 06. 12. 2004 beschlossenen Zurückstellung der Drucksache DS0831/04 geführten Gespräche und die sich nun darstellende Beschlusslage ein. Insbesondere verweist er dabei auf die am 20. 12. 2004 durchgeführte Beratung der auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 06. 12. 2004 gebildeten Arbeitsgruppe. Im Ergebnis dieser Beratung wurde seitens der Verwaltung der

Entwurf eines interfraktionellen Änderungsantrages zur DS0831/04 erarbeitet, der allen Fraktionen zugeleitet wurde. Zielstellung der heutigen Beratung sollte eine Abstimmung zu diesem vorgelegten Änderungsantrag sein.

In seinen weiteren Ausführungen informiert der Oberbürgermeister über die Unterzeichnung des Theatervertrages mit dem Land am 20. 12. 2004, welcher die um die bekannte Summe gekürzte Landesförderung für das Theater Magdeburg beinhaltet. Es wird die Zusage gegeben, bis zum Jahr 2008 sowohl seitens der Stadt Magdeburg als auch seitens des Landes für das Theater eine konstante Summe zur Verfügung zu stellen.

Abschließend bittet er um Meinungsäußerungen zum vorgelegten Änderungsantrag.

In der sich anschließenden Diskussion geht Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, auf die Ausgangslage entsprechend der Stadtratsbeschlussfassung vom 06. 12. 2004 und das Gesprächsergebnis vom 20. 12. 2005 ein und weist darauf hin, dass die im Änderungsantrag dargestellte Anbringung von kw-Vermerken bei 23 Stellen und die damit verbundenen Auswirkungen hinsichtlich ihrer Streichung seiner Auffassung nach nicht diesem Ergebnis entspricht.

Hierzu wird durch den Oberbürgermeister ausgeführt, dass die Liste der kw-Vermerke um eine Stelle korrigiert wurde. Er verweist auf die Aussage, dass Personalentlassungen nicht gewollt und das letzte Mittel im Falle des Nichtgreifens anderer Maßnahmen sind. Die Personalkosteneinsparungen sollen über die Stellenstreichungen erreicht werden. Dies ist jedoch erst frühestens zum 01. 07. 2005 möglich und auch erst dann, wenn die Gespräche mit der Personalvertretung sowie den Tarifpartnern erfolgt sind. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es noch nicht möglich, hierzu eine konkret finanziell untersetzte Aussage zu den zu erwartenden Einsparungen zu geben.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, nimmt Bezug auf den Punkt b des Beschlussvorschlages und bringt mit Hinweis auf ein Schreiben der Gewerkschaft Verdi seine Vorstellung zum Ausdruck, hier eine Öffnungsklausel dahingehend aufzunehmen, mit dem Theater/Orchester einen Haustarifvertrag zu schließen, um die Gesamtstärke des Orchester beizubehalten um somit der Intendanz die entsprechende Handlungsmöglichkeit einzuräumen.

Seitens des Oberbürgermeisters wird dargelegt, dass es hierzu keinen Widerspruch gibt und die Möglichkeit besteht, so zu handeln.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, bestätigt das Ergebnis aus der Sitzung der Arbeitsgruppe vom 20. 12. 2004 und sieht die hierzu vorgeschlagene Lösung als flexibel an.

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, verweist darauf, dass dem Generalintendanten des Theaters die Personalhoheit obliegt. Er legt seine Vorbehalte zu möglichen Stellenstreichungen im künstlerischen Bereich des Theaters dar und verweist darauf, dass im Falle einer positiven Änderung der heute bestehenden finanziellen Lage in den nächsten Jahren, dann dem Theater die jetzt mit einem kw-Vermerk versehenen Stellen nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Zu klären wäre für ihn, warum der Stadtrat die kw-Stellen beschließen muss, zumal es nach seiner Auffassung noch weitere Einsparpotentiale gibt. Erläuternd hierzu legt er dar, dass bisher nicht klar dargestellt wurde, welche konkreten Einsparungen sich aus der Theaterfusion ergeben haben. Er sieht die Gefahr, dass die Qualität der Theaterarbeit sinken könnte.

Durch den Oberbürgermeister wird dargelegt, dass mit diesem Beschluss die grundsätzliche Möglichkeit besteht, auch besetzte Stellen aus dem Stellenplan zu streichen. Gleichzeitig bietet er eine rechtliche Absicherung bei möglichen Arbeitsrechtsstreitigkeiten im Falle von Kündigungen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die aufgetretenen arbeitsrechtlichen Probleme im Rahmen der Vergabe von Reinigungsleistungen.

Er macht darauf aufmerksam, dass bis zum Jahr 2009 von weiteren Tarifierhöhungen auszugehen ist. Der vorgelegte Beschluss soll als Grundlage dienen, die damit verbundenen Personalkostenerhöhungen abfangen zu können, da dies allein über Sachkosten nicht möglich sein wird.

Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, bezeichnet die vorgelegte Beschlussänderung der Verwaltung für sich als annehmbar. Er hinterfragt die Möglichkeit für den Generalintendanten, auch vor Abschluss der Gespräche mit der Personalvertretung personelle Veränderungen vornehmen zu können.

In Beantwortung der Nachfrage verweist der Oberbürgermeister auf die Möglichkeit und die Pflicht hier zu handeln. In Ausübung seiner Personalhoheit könnte der Generalintendant entsprechende Kündigungen aussprechen, aber ohne eine rechtliche Absicherung, welche mit dem Stadtratbeschluss geschaffen werden kann, sind die Chancen im Falle von Arbeitsrechtsstreitigkeiten sehr gering.

Von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, wird die Auffassung dargelegt, dass noch weitere Einsparmöglichkeiten vorhanden sind. Als Beispiel führt er den hohen Anteil von Gastinszenierungen an. Ebenso sieht er Möglichkeiten im Bereich des Marketings. Bei Kürzungen im künstlerischen Bereich sollten die entstehenden Auswirkungen bedacht werden. Ebenfalls ist er der Auffassung, dass die gesamte Einnahmesituation nicht im ausreichenden Maße geprüft wurde. Bevor möglicherweise Kündigungen vorgenommen werden sieht er es als notwendig an, zunächst seitens des Intendanten weitere Einsparmöglichkeiten aufzuzeigen, z.B. Vorschläge zu unterbreiten, um im künstlerischen Bereich nicht bis an die Grenzen gehen zu müssen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, bzgl. zweier vakanter Stellen im Chor und deren Nichtaufführung in der Drucksache führt der Oberbürgermeister aus, dass diese Stellen nach ihrem Freiwerden nicht wieder besetzt werden sollen. Eine Streichung dieser Stellen wäre jedoch für Tarifverhandlungen nicht relevant.

Im Weiteren spricht sich Stadtrat Lischka ebenfalls dafür aus, in den kommenden Monaten verstärkt weitere Einsparungsmöglichkeiten zu suchen. Dies sollte sich jedoch nicht nur auf den Sachkostenbereich beziehen. Erläuternd geht er hierbei kritisch auf den 11 Stellen umfassenden Bereich der Öffentlichkeitsarbeit ein.

Stadtrat Kutschmann, BfM/Tierschutz, stellt ebenfalls eine Reihe inhaltlicher Aspekte in den Vordergrund seiner Überlegungen. Er spricht sich ebenfalls dafür aus, dass seitens des Generalintendanten entsprechende Informationen zur gesamten Einnahmesituation vorzulegen sind. Er erachtet es als wichtig, den Vergleich des Theaters Magdeburg mit Theatern anderer Städte zu ziehen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, hinsichtlich des Zeitrahmens zur Durchführung entsprechender Tarifverhandlungen und deren Folgerungen sowie zu seinem Hinweis, dass bereits seit 1999 entsprechende Vorschläge seitens der Gewerkschaft vorliegen sollen, führt der Oberbürgermeister aus, dass ihm solche Vorschläge nicht bekannt sind und sich der weitere Zeitrahmen aus dem Ergebnis der Gespräche ergibt.

Stadtrat Veil, CDU-Fraktion, warnt mit Hinweis auf die Kompetenz und Verantwortung des Generalintendanten vor Spielplandiskussionen in diesem Kreis. Er relativiert die Aussage von Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, zur Öffentlichkeitsarbeit des Theaters und sieht dies als wesentliche Voraussetzung für Einnahmeerhöhungen. Ein wesentliches Kriterium ist für ihn jedoch der Erhalt der Qualität der Theaterarbeit. Er spricht sich dafür aus seitens des Stadtrates die Erwartung zum Ausdruck zu bringen, dass die finanziellen Einschnitte keine Auswirkungen auf die Theaterqualität nach sich ziehen sollten.

Hierzu legt Stadtrat Westphal, Bü 90/Grü, seine Auffassung dar, dass qualitative Einschränkungen auf Grund der Kürzungen des Landes nicht auszuschließen sind. Er warnt davor, dass der Stadtrat in die Geschäftsführung des Intendanten eingreift. Seitens des Stadtrates ist letztendlich zu entscheiden, in welcher Höhe finanzielle Mittel durch die Stadt zur Verfügung gestellt werden können.

Stadtrat Heendorf, PDS-Fraktion, bittet zur Klärung aller offenen Fragen um eine Überprüfung des gesamten Theaterbudgets. Im Ergebnis der Prüfung sieht er die Möglichkeit aufzuzeigen, ob noch weitere Einsparungen möglich sind.

Der Oberbürgermeister bezeichnet die Einnahmesituation des Theaters als insgesamt für unbefriedigend und unbedingt verbesserungswürdig. Dies sei auch dem Generalintendanten bewusst. Er verweist auf den bis zum Jahr 2008 bestehenden Intendantenvertrag und spricht sich dafür aus, dem Intendanten jetzt zunächst die Chance zum Handeln einzuräumen.

Im Weiteren verweist der Oberbürgermeister auf die Zielstellung zum 01. 01. 2006 einen Eigenbetrieb Theater zu gründen. Er sieht hierin einen Vorteil, da seitens des Stadtrates über einen Betriebsausschuss mehr Einfluss genommen werden kann. Insbesondere verweist er noch einmal darauf, dass in den nächsten Jahren weitere Einsparungen vorgenommen werden müssen, um weitere Kostenerhöhungen ausgleichen zu können. Die angestrebte Beschlusslage ist dafür ein erster Schritt, dem weitere folgen müssen.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, unterstreicht abschließend aus seiner Sicht die erforderliche Handlungsfreiheit des Generalintendanten und empfiehlt im Protokoll festzuhalten, dass aus der Sicht des Stadtrates die Streichung von Stellen aus dem Stellenplan des Theaters nur das letzte Mittel darstellen sollten und vorher alle Möglichkeiten, u.a. der Abschluss eines Haustarifvertrages, zur Kostenreduzierung ausgeschöpft werden.

Zur Nachfrage des Oberbürgermeister nach weiteren Änderungsvorschlägen informiert Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, dass in seiner Fraktion erst am 10. 01. 2005 über den vorgelegten Änderungsantrag und evtl. eigene Änderungsvorschläge beraten wird. Erst im Ergebnis der Fraktionsberatung ist eine Aussage zu weiteren Änderungen möglich.

Im Ergebnis der geführten Diskussion stellt der Oberbürgermeister den vorgelegten Änderungsantrag zur Abstimmung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 8 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 4 Enthaltungen dem Stadtrat, diesem geänderten Beschlussvorschlag unter dem Aspekt der von Stadtrat Westphal vorgeschlagenen Option zuzustimmen.

Zur Nachfrage von Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, ob dies jetzt als interfraktioneller Änderungsantrag anzusehen ist gibt es keine eindeutige Position durch die Mitglieder des Verwaltungsausschusses. Der Oberbürgermeister unterbreitet daraufhin den Kompromissvorschlag, diesen als Änderungsantrag des Oberbürgermeisters im Stadtrat am 13. 01. 2005 einzubringen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses geben hierzu ihre Zustimmung.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper  
Vorsitzende/r

Schriftführer/in

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Reinhard Stern

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Holger Franke

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

**Beratende Mitglieder**

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Michael Stage

**Gäste**

Stadtrat Michael Heendorf

Stadtrat Thomas Veil

abwesend

**Mitglieder des Gremiums**

Stadtrat Wigbert Schwenke